



KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG

Am 30.11.2013 fand die Kreismitgliederversammlung des Vogtlandes in Thema statt, an der 51 Mitglieder teilnahmen. Als erstes wertete unsere Kreisvorsitzende, Janina Pfau, in ihrem Bericht den Wahlkampf und die Bundestagswahl aus. Positiv waren die Aktionen mit der Verteilung der Tüten, der 48-Stunden-Wahlkampf und die Kochshow. Allerdings ging der Wahlkampf schon jetzt an die Grenzen der Beteiligten. Erfreulich war der Eingang von rund 5.000 € Wahlkampfspenden, darunter zwei Firmen die spendeten.

Zu den Ursachen, dass weniger Prozente erreicht wurden als zur Bundestagswahl, nannte Janina die Streitigkeiten in der Partei, neue Parteien die zur Bundestagswahl antraten und die schlechte Mobilisierung derer, die uns wählen würden.

Weitere Punkte in ihrem Bericht waren die Neuaufnahme von 8 Mitgliedern, die bessere Zusammenarbeit mit den Genossen in Greiz und die finanzielle Situation des Kreisverbandes.

Hier sprach sie die geringen Beiträge, die hohen Kosten für den Vogtlandboten und die Mieten der Geschäftsstellen in Reichenbach und Klingenthal an. Hier müssen Lösungen gefunden werden, die sich der Kreisverband auch leisten kann.

Sigrid Mann verlas im Anschluss den Finanzbericht. Im Wahlkampf wurden von den geplanten 25.000 € nur 19.000 € verbraucht. Für den Wahlkampf 2014 sind 37.000 € eingeplant. Sie appellierte nochmals an alle Genossinnen und Genossen satzungsgemäß ihren Beitrag zu bezahlen und das Abbuchungsverfahren zu

nutzen, was auch eine Erleichterung für sie bedeutet. Die Revisionskommission bestätigte eine ordnungsgemäße Kassenführung.

Zwischen den Wahlgängen fand im Anschluss eine rege Diskussion statt. Deutlich wurde dabei nochmals, wie wichtig es ist, für den anstehenden Wahlkampf mehr Genossinnen und Genossen aber auch Sympathisanten anzusprechen und aktivieren.

Des Weiteren wurde ein Antrag zur möglichen Schließung der Geschäftsstellen in Klingenthal und Reichenbach behandelt. Henry Ruß und Thomas Höllrich sprachen sich dagegen aus, vor allem im Wahljahr 2014. Antrag wurde in geänderter Form mehrheitlich so angenommen, dass ein Konzept bis spätestens Ende 2014 zu den Geschäftsstellen vor-

gelegt werden soll.

Im Anschluss gab es umfangreiche Diskussionsbeiträge zum Kreiswahlprogramm.

Ergebnisse der Wahlen:

Revisionskommission: Ina Becher, Horst Erberl, Petra Rank

Delegierte zum Bundesparteitag: Agens Descher, Helga Hofmann, Wolfgang Hinz, Paul Gruber

Seniorenkonferenz: Karin Höfer, Brunhilde Söll, Heinz Discher, Dieter Kundler

Vertreter für Europawahlversammlung: Agens Decher, Christel Handler, Wolfgang Hinz, Thomas Höllrich

Petra Rank - Plauen

aus dem Inhalt:

Weil es sozialer geht!..... Seite 2
Gute Jahresbilanz der VVN-BdA Vogtland..... Seite 4
Landratsamt „Horten“ - Die neue Schanze?..... Seite 7
Große Koalition: Nicht geliefert..... Seite 8

DIE LINKE.

GEGEN ARMUT UND AUSGRENZUNG: WEIL ES SOZIALER GEHT!

Als DIE LINKE haben wir uns uneingeschränkt dem Kampf für soziale Gerechtigkeit verschrieben. Schon in den vergangenen Legislaturperioden hatten wir so ein Alleinstellungsmerkmal unter den Fraktionen im Bundestag, die über Jahre die Demontage des Sozialstaates betrieben haben und allenfalls zu kleinen Korrekturen bereit sind. Im Gegensatz dazu möchten wir einen starken Sozialstaat, der allen Menschen ein Leben in Würde und gesellschaftliche Teilhabe garantiert.

Konsequenterweise war unser zentraler Slogan dann auch „100 Prozent sozial“ gewesen. Nun geht es darum, dieses Versprechen auch nach der Wahl einzulösen. Dem Arbeitskreis Soziales, Gesundheit und Rente kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Entsprechend dem 100-Tage-Programm werden wir unser Engagement gegen Armut und Ausgrenzung konsequent mit weiteren parlamentarischen Initiativen fortsetzen.

Damit niemand seinen Lebensabend in ärmlichsten Verhältnissen verbringen oder sogar weiter arbeiten muss, brauchen wir endlich ein Konzept gegen die wachsende Altersarmut. Als erste Schritte dahin werden wir die Erhöhung des Rentenniveaus auf 53 Prozent beantragen und die Anrechnung von drei Jahren Kindererziehungszeit von vor 1992 geborenen Kindern. Da die Rente erst ab 67 nichts anderes als eine Rentenkürzung darstellt, da die meisten Beschäftigten dieses hohe Renteneintrittsalter aus gesundheitlichen Gründen nicht erreichen werden können und viele ältere Beschäftigte gar keine Arbeit mehr haben, muss die Rente ab 67 unverzüglich zurück genommen werden, stattdessen die Regelaltersgrenze von 65 wieder eingeführt werden. Zudem müssen die Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente zur Altersrente abgeschafft werden. 23 Jahre nach der Wiedervereinigung ist die Angleichung des Rentenwertes Ost an West mehr als überfällig und die bestehende Differenz durch nichts zu rechtfertigen. Die schrittweise Angleichung soll bis 2017 vollzogen werden. Ein weiteres zentrales Element linker Rentenpolitik ist

die Einführung einer solidarischen Mindestrente in Höhe von 1.050 Euro.

Hartz IV steht nach wie vor für ein Leben in Armut und in einem Repressionsystem, welches nicht länger Bestand haben darf. Stattdessen fordern wir eine sanktionsfreie Mindestsicherung, die ein Leben in Würde und echte Teilhabe ermöglicht. In einem ersten Schritt werden wir beantragen, die Hartz IV-Regelleistung auf 500 Euro zu erhöhen.

Gesundheit darf keine Frage des Geldbeutels sein. Die Zwei-Klassen-Medizin muss beendet werden. Zuzahlungen und Zusatzbeiträge müssen wieder abgeschafft werden. Absoluten Vorrang vor Kostengesichtspunkten muss die Erbringung aller medizinisch notwendiger Leistungen haben. Dazu brauchen wir eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle entsprechend ihres Einkommens einzahlen. Die private Krankenversicherung ist auf Zusatzleistungen zu beschränken. Als Sofortmaßnahmen werden wir beantragen, dass die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung wieder zu gleichen Teilen von Beschäftigten und Arbeitgebern entrichtet werden.

Die Pflegeversicherung ist chronisch unterfinanziert und ist lediglich als Zuschuss konzipiert. In welchem Umfang und welcher Qualität Pflege den Menschen zu Teil wird, hängt immer stärker von den eigenen finanziellen Möglichkeiten ab. Das muss sich ändern: Wir wollen, dass perspektivisch alle Leistungen übernommen werden. Dazu müssen auch in einer solidarischen Pflegeversicherung alle Einkommensarten heran gezogen werden. Kurzfristig werden wir den Antrag stellen, den Einstieg in eine staatlich geförderte private Pflegezusatzversicherung („Pflege-Bahr“) wieder rückgängig zu machen.

MdB Sabine Zimmermann - Königswalde, Stellvertretende Vorsitzende Bundestagsfraktion DIE LINKE

KOMMUNEN FEHLT

Das Leben der Menschen wird in besonderer Weise durch die Situationen in den Kommunen, den Städten und Dörfern geprägt. Uns wird fast pausenlos gesagt, den Deutschen, besonders den Sachsen, geht es gut. Die Wirtschaft boomt, die Steuern sprudeln. Wir fragen uns oft, wo denn, denn gleichzeitig heißt es, wir müssen sparen und den Gürtel enger schnallen.

Vielen Kommunen fehlt es aber am nötigen Geld, um nur das Wichtigste zu sichern. Das trifft besonders die älteren Menschen und unsere Kinder. Daher ist es notwendig, eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen zuverlässig zu gewährleisten. Eine Änderung der Steuergesetzgebung, ein höherer Anteil an zentralen Steuereinnahmen, die Erhöhung der Schlüsselzuweisungen sind dringend erforderlich. Die Kommunen haben kaum Möglichkeiten, die eigenen Steuereinnahmen zu verbessern. Grundsteuern und sonstige Beiträge sind schon jetzt an der Schmerzgrenze.

Für die Erfüllung der Aufgaben des Landkreises gibt es nur zwei Einnahmequellen. Das sind zum einen die Schlüsselzuweisungen vom Land für die übertragenen Pflichtaufgaben zur Daseinsfürsorge und zum anderen die von den Städten und Gemeinden geforderte Kreisumlage, die jährlich im Haushalt durch den Kreistag beschlossen wird. Da aber die Schlüsselzuweisung vom Land fest vorgegeben wird, gibt es nur die Möglichkeit, über die Erhöhung der Kreisumlage die Finanzausstattung zu sichern und zu verbessern.

Die Ausgaben für die Daseinsfürsorge, Pflichtaufgaben steigen immer weiter, da alles teurer wird, z. B. Mieten, Energie u.a. Die Zusicherung bei der Schuldenbremse für neue Aufgaben einen Ausgleich zu schaffen, ist Augenauswischerei, denn es han-



NÖTIGES GELD

delt sich nicht um neue Aufgaben, sondern um höhere Ausgaben in den per Gesetz vorgeschriebenen Bereichen. Das betrifft im Besonderen die notwendigen Aufgaben im Jugend- und Sozialamt (Jugendhilfe, Familienbetreuung, Pflegebetreuung) sowie dem Job-Center (Kosten der Unterbringung).

Es bleibt für die so genannten freiwilligen Aufgaben in den Bereichen Kinder und Jugendliche, Kultur, Sport, Seniorenbetreuung, gesamte Freizeitgestaltung kein Spielraum. Damit geht die Haushaltsicherung des Kreises ausschließlich zu Lasten der Städte und Gemeinden durch Erhöhung der Kreisumlage. Auch bei uns im Kreis ist damit die Schmerzgrenze erreicht. Eine weitere Erhöhung ist kaum möglich und treibt die Kommunen in die Insolvenz und somit zur Handlungsunfähigkeit, wie es bereits jetzt eine ganze Reihe von Kommunen betrifft.

Es muss endlich Schluss sein mit dem gegenseitigen Ausspielen zwischen Kreis und Kommunen. Argumente, wie Rückgang der Bevölkerung führe zu geringeren Ausgaben, stimmen nicht, da der Anteil der zu betreuenden Personen und Kosten für die Aufwendungen steigen.

Unsere Aufgabe als Linke ist es, sehr nachhaltig zu fordern, dass nur gemeinsames Handeln und geschlossenes Auftreten der Abgeordneten aller Parteien in den Kreisen und Kommunen, besonders auch die Wahrnehmung der Verantwortung der Landtagsabgeordneten für ihre Region, eine entsprechende, dringend notwendige finanzielle Ausstattung der Kommunen erzwingen kann.

*Volker Mieth - Auerbach/V.,
Kreistagsabgeordneter und Stadtrat*

ZWEITER SENIORENTREFF DER LINKEN

Die AG Senioren führte ihr zweites Treffen mit langjährig aktiven Mitgliedern der LINKEN im Klub der Volkssolidarität in Plauen durch. Mit eingeladen hatten wir die Ehepartner. Der älteste Teilnehmer mit 91 Jahren war Genosse Rudi Schmidt, gefolgt vom 89 jährigen Walter Bille.

Nachdem wir einige Senioren mit einem Buch (über das Leben von Max Hoelz) ehrten, wurde die unterhaltsame Runde eröffnet. Es entwickelte sich ein lebhafter Meinungs austausch. Natürlich war das Einleitungsthema: Wir war es früher. Auch die internationale politische Entwicklung wurde heiß diskutiert. Der Fiskalpakt als erster Schritt des europäischen Kapitalismus war eines der Diskussionsthemen. Dieser ebnet den Weg zur Bildung der „Vereinigten Staaten von Europa“. Dazu tragen auch die Europäische Zentralbank oder der Beschluss der EU, die nationalen Haushalte zu kontrollieren und gegebenenfalls zu korrigieren, bei.

Auch Krieg und Frieden war ein viel diskutiertes Gesprächsthema. Unverständnis zeigt sich bei den Senioren darüber, dass die Bundeswehr Einsätze im Kosovo, im Mittelmeerraum, im Libanon, in Usbekistan und der Türkei (an der Grenze zu Syrien), Dafur, Südsudan, Afghanistan, Uganda und vielen anderen weltweiten Gebieten durchführt, um unsere Freiheit und den Frieden zu verteidigen. Und mittendrin das Kriegs-U-Boot „Plauen“. Ode ist es ein Schiff des Friedens? Wir sollten dazu einmal die Teilnehmer an der Schiffstaufe aus Plauen befragen.

Schwerpunkt waren auch die Wahlen 2014. Hauptanliegen sind dabei kommunale Fragen, also die Zukunft des Vogtlandes mit der Stadt Plauen unter Beachtung der regionalen und demografischen Entwicklung. Janina Pfau hat im Wahlkampf zum Bundestag richtig orientiert: Das Vogtland - Stadt und Land - muss leben. Wir Senioren unterstützen diese Wahlkampflosung. Wir wollen kein Vogtland mit großer unterschiedlicher Entwicklung, bei der sich die Städte immer mehr verdichten und die ländlichen Räume ausdünnen und um den Anschluss kämpfen. Das Vogtland muss überall gleiche Entwicklungschancen haben.

Eine Herausforderung wird in Zukunft die Internet-Erschließung sein. Die Internet-Kommunikation wird ständig an Bedeutung gewinnen, um gleichermaßen international präsent zu sein, aber auch um in behördlichen Verfahren schnell und unbürokratisch dabei zu sein.

Überlegungen unserer Partei sind notwendig, damit gezielt Ansiedlungen von Behörden, öffentlichen Einrichtungen, Betriebsansiedlungen, Finanzausstattung in strukturschwachen Regionen erhalten bleibt und wo möglich geschaffen werden. Ausdünnung von Gemeinden ist entgegen zu wirken, ländliche Lebensqualität und menschliche Beziehungen sind zu erhalten. Das bedeutet Erhalt vorhandener Arztpraxen und Schulen, Pflege historischer Gebäude und Nutzung für den Tourismus, Schutz des Gemeindeeigentums und Bewahrung kultureller und Sporteinrichtungen, wie etwa die Bäder in Triebel und Rodau, oder der Dorfklub in Triebel.

Noch viele Gedanken und Vorschläge zu den kommenden Wahlen wurden geäußert, die alle unserem Kreisvorstand zugeleitet werden. Aber auch kritische Töne gab es, so zur Haltung unserer Kommunalpolitiker zum Rathaus-Umbau in Plauen und zum Bau des Landratsamtes. Einheitlich haben die Veteranen die Überzeugung vertreten, der Jugend, die berechtigt das "Parteisteuer" in den Händen hält, unser Wissen und unsere Erfahrungen zu übermitteln. Wir sind dazu bereit. Sie muss es aber wollen.

Heinz Discher - Plauen, AG Senioren der LINKEN Vogtland



Grabstätten in Arnoldsgrün vor der Wiederherstellung.



Grabstätten von Nazi-Opfern gepflegt und wieder hergerichtet.

VVN-BDA VOGTLAND MIT GUTER BILANZ

Ereignisse, Aktivitäten, Veranstaltungen im Jahr 2013

Der Kreisverband Vogtland der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten konnte während seiner Jahresabschluß-Veranstaltung auf ein ereignisreiches Jahr 2013 zurück blicken. Zu den traditionellen Gedenkveranstaltungen am 27. Januar in Treuen und in Plauen, am 8. Mai, dem Tag der Befreiung, in Reichenbach mit dem Kultur-Attaché der russischen Botschaft und in Plauen oder auch am 8. September, dem Gedenktag für die Opfer des Faschismus, in Plauen, Lengenfeld und Auerbach konnten wieder viele Teilnehmer begrüßt werden.

Eine weitere selbst gestellte Aufgabe ist die ständige soziale Betreuung unserer zumeist betagten Mitglieder, die sich besonders über Besuche bei Geburtstagen, auch Krankenbesuche freuen. Die ständige aktive Mitarbeit im Bündnis „Vogtland Nazifrei“ und unser Informationsstand zum Tag der Arbeit am Ersten Mai gehören schon zu den Selbstverständlichkeiten.

Einige besondere Höhepunkte des Jahres 2013 waren die Mitwirkung an der Wiederherstellung der Gedenktafel für Paul Dittmann am Plauener Oberen Bahnhof, die Frauentags Veranstaltung am 12. März 2013, das Geschichtsforum mit Prof. Kurt Pätzold am 22. März in Reichenbach und das Zeitzeugengespräch mit Justin Sonder (Chemnitz) am 9. April in der Hufeland-Schule Plauen.

Ein Anliegen des Kreisverbandes ist es, im Bündnis mit anderen Kräften das antifaschistische Erbe zu bewahren und erneuten Versuchen einer Wiederbelebung nazistischen Gedankengutes entgegen zu treten. So wurde gemeinsam mit dem Geschichtsverein „Freundeskreis Max Hoelz e.V.“ ein Erinnerungsheft für den ersten VVN-Vorsitzenden im Kreis Auerbach, Erich Schmalfuß, erarbeitet und an der entsprechenden Ausstellung im Heimatmuseum Falkenstein mitgearbeitet. Auch die Verlegung von Stolpersteinen in Falkenstein für drei Kom-

munisten und einen aktiven Rote-Hilfe-Funktionär am 15. Juli 2013 war eine solche gemeinsame Aktion. Zu diesem Bündnis-Verständnis gehört auch die Unterstützung des Vereins Vivere zur Gestaltung des Festivals „Rock für ein buntes Vogtland“ mit rund 900,- EURO.

Abschließend sei noch eine „Gedenkstätten-Tour“ von Plauen ins obere Vogtland erwähnt, in deren Folge die besuchten Grabstätten von Nazi-Opfern gepflegt und wieder hergerichtet wurden, wie in Pirk, in Arnoldsgrün und Wohlleben.

Auch das Jahr 2014 wird die vogtländischen Antifaschisten wieder fest an der Seite aller demokratischen Kräfte sehen, die sich für Frieden, Toleranz und humanistisches Miteinander einsetzen.

Peter Giersich - VVN-BdA Vogtland

2014 FÜR EIN BESSERES UND GERECHTERES VOGTLAND

Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Leserinnen und Leser,

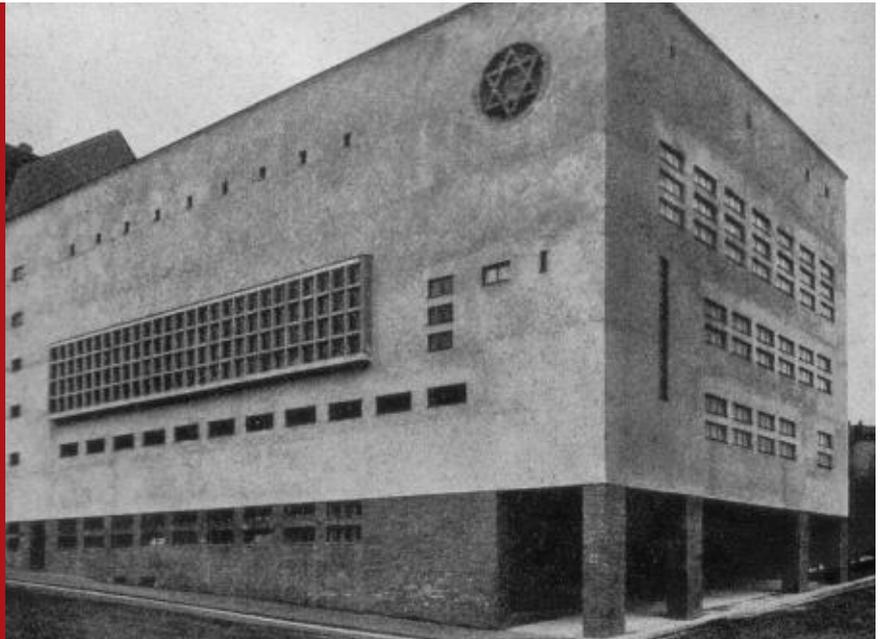
das letzte Jahr war für DIE LINKE sehr wichtig. Gemeinsam haben wieder den Wiedereinzug in den Bundestag erkämpft. Jetzt müsste es allen klar sein – DIE LINKE ist nicht mehr wegzudenken und auch unsere Gegner müssten nun verstanden haben, dass DIE LINKE keine Eintagsfliege ist. Im Namen des Kreisvorstandes danke ich Euch für die geleistete Arbeit im letzten Jahr, besonders, da wir im Kreisverband reinweg im Ehrenamt Parteiarbeit erledigen. Ich danke euch auch für die Geduld, die ab und an notwendig ist, um das Ziel zu erreichen.

Kommunalpolitik ist eines der wichtigsten Felder für unsere Partei. Mit 2014 steht deshalb ein wichtiges Wahljahr für uns vor der Tür. Nur gemeinsam werden wir es schaffen, erfolgreich die Wahlkämpfe im Mai und August zu meistern. Wir müssen nicht immer der gleichen Meinung sein. Dass wir andere Ansichten akzeptieren und diskutieren ist eine wichtige Eigenschaft unserer Partei.

Lasst uns 2014 wieder gemeinsam für ein besseres und gerechteres Vogtland kämpfen.

Janina Pfau - Kreisvorsitzende

IM MITTELALTER GAB ES EINEN JÜDISCHEN BÜRGERMEISTER



Zur Geschichte der Juden in Plauen vermittelte der Historiker Frank Weiß in einem Vortrag im November im Vogtlandkonservatorium fundiertes Wissen und berichtete, dass es bereits im Mittelalter in Plauen eine jüdische Gemeinde gab. Spätestens aus der Zeit des 14. Jahrhunderts sind teilweise Namen bekannt. Kaiser Karl IV., König von Böhmen, habe den Juden des Reiches Schutz gewährt. Die jüdische Religion war erlaubt und stand außerhalb des kirchlichen Rechts. Papst Gregor XII. forderte, jedes Wohlwollen entgegenzubringen wie den anderen. Im westlichen Teil des Zentrums war das jüdische Viertel, und die „Jüdingasse“ erinnert noch an diese Zeit. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie in Nobelstraße umbenannt.

Es gab keine Abgrenzung. Juden hatten auch außerhalb des Viertels gelebt. 1450 gab es sogar einen jüdischen Bürgermeister in Plauen. Nach 1484 waren die Plauener Juden vermutlich nach Osteuropa ausgewandert. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts gab es wieder eine Zuwanderung. Durch ein Freizügigkeitsgesetz wurden Beschränkungen aufgehoben und Gemeindegründungen erlaubt. Ein Dokument vom 4. Februar 1884 bestätigt Religionsunterricht in einer Wohnung am Altmarkt 14. Frank Weiß zeigte die einzelnen Stationen auf, wie sich die Gemeinde entwickelte: Hotel Blauer Engel, Gasthof zur Pyramide, ein Betraum im Obergeschoss in der Blumenstraße 9, später an der Schillerstraße. Die Juden zogen in die Wettinstraße. In die-

ser Zeit gab es bis drei Veranstaltungsräume.

1896 lebten nur 104 Juden in Plauen. 1913 gab es schon 812 Mitglieder, und die Plauener jüdische Gemeinde war nach Dresden, Leipzig, Chemnitz und Zittau die fünftgrößte Sachsens. Es entwickelte sich ein vielseitiges Gemeindeleben mit vielen Vereinen. Das Bekenntnis zur deutschen Nation stand im Vordergrund. Von Freimaurern grenzte sich die jüdische Gemeinde ab, förderte aber Toleranz, Wohlfahrt und die Erziehung zum Judentum.

Im letzten Teil ging Frank Weiß auf die Zeit vor der Grundsteinlegung der 1938 in der Pogromnacht zerstörten Synagoge ein, wo die aufgeschlossene Atmosphäre der 1920er Jahre gestört wurde und es im April 1935 schon zu Boykotten gegen jüdische Geschäfte kam. Die Zahl der Mitglieder sank von 836 im Jahre 1929 auf 297 im Jahre 1938. Im Oktober 1939 lebten nur noch 116 Juden in Plauen. Der Novemberpogrom bildete einen grausamen Höhepunkt. Viele Juden kamen in Konzentrationslager. Mehr als 100 Namen wurden später ermittelt. Nach dem Krieg gab es 1945 wieder einen Gottesdienst mit Rückkehrern und versteckten Juden in der Friedensstraße. Mit dem Tod David Stiefels erlosch 1957 das jüdische Leben in Plauen. 1998 war die letzte jüdische Bestattung auf dem jüdischen Friedhof. Seit 1988 ist er Mahn- und Gedenkstätte. In der Stadt erinnern noch Gedenktafeln und so genannte Stolpersteine auf

Gehsteigen an die jüdische Vergangenheit.

Nach jiddischen Liedern, die Jens Bühring mit Begleitung von Marius Leicht sang, informierte Gerd Naumann als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Vogtlandmuseum über die Plauener Synagoge und ihren Architekten Fritz Landauer. Seit 1907 gab es bereits erste Pläne dazu, um Kündigungen zu vermeiden. Es entstand ein Gemeindehaus mit Synagoge als kombinierter Bau im Bauhausstil und wurde bald Ziel von Anschlägen. Am 12. Februar 1930 wurde das Portal aufgebrochen und ein Ferkel hineingeworfen. Trotz allem kam es am 6. April 1930 zur Weihe des Gotteshauses mit einer großen Würdigung der baumeisterlichen Leistung. Das neue Gebäude wurde zum Mittelpunkt.

Großes Unverständnis rief die Untätigkeit der Feuerwehr hervor, nachdem die neue Synagoge von den Nazis angezündet wurde, und der größte Spott war, dass die Juden zum Abriss verpflichtet wurden. Zu einem Billigstpreis musste die Gemeinde das Grundstück verkaufen. Nach dem Krieg wurde es von der sowjetischen Besatzungsmacht dem rechtmäßigen Eigentümer zurückgegeben. Der Architekt emigrierte nach London, baute dort noch zwei Synagogen und war 1937 endgültig übersiedelt.

Mit jiddischen Liedern fand der informative Abend seinen Abschluss.

Gerd Stoppa - Plauen

EINE PROBLEMATISCHE KREISTAGSENTSCHEIDUNG ZUM MÜLL

Fortsetzung "19 Unterschriften von 9 Ausschussmitgliedern" der Ausgabe 12/2013 des Vogtlandboten

Die Sitzung des Müllausschusses fand am 2. Dezember statt, zusammen mit den Mitgliedern und beratenden Einwohnern des Müllausschusses des Stadtrates Plauen als Gäste. Besprochen wurden die neuen Kalkulationen und die geplanten Müllgebühren für die Entsorgungsgebiete Plauen und Altkreis Vogtland. Die Überraschung: Die Verwaltung sah vor, dass aus der Rücklage für Deponienachbehandlung zehn Millionen entnommen werden, so dass die Müllgebühren für die Plauer nur moderat steigen und die Bürger des Altkreises sogar mit einer Gebührensenkung belohnt werden.

Das lässt mich als Bürgerin des Altkreises aber nicht jubeln: Die Vogtländer - Plauerer inbegriffen - hatten in der Zeit, als unser Müll noch auf Deponien abgelagert wurde, mit ihren Müllgebühren Gelder für eine spätere Deponieabdeckung, Renaturierung und Nachkontrolle gezahlt, die in eine Rücklage flossen, da diese Arbeiten erst nach Jahren oder Jahrzehnten anfallen werden. Zurzeit beträgt diese Rücklage 30 Millionen. Derzeit schätzt die Verwaltung ein, dass durch ein kostengünstigeres Verfahren der Deponieabdeckung nicht die gesamte Rücklage für die Deponienachsorge benötigt wird. Berechnungen hätten ergeben, dass 10 Millionen eingespart werden können. Mit diesem Betrag sollen nun in den nächsten fünf Jahren die Müllgebühren für die beiden Entsorgungsgebiete Plauen und Altkreis Vogtland gestützt werden.

Meine Probleme:

1. Wie zuverlässig ist die Berechnung, dass 10 Millionen künftig nicht benötigt werden? Wir erleben eine kontinuierliche Verteuerung aller Leistungen. Eine Senkung der Rechtsvorgaben für Deponienachsorge ist nicht anzunehmen. Unverantwortlich wäre es, wenn später Vogtländer mit ihren Müllgebühren zusätzlich zu den Kosten ihrer Müllentsorgung Kosten für Deponienachsorge bezahlen müssten. Kosten, die sie nicht verursacht haben. Es wäre richtiger, Gelder aus der Rücklage

der Deponiesanierung erst dann auszuschütten, wenn klar ist, ob und in welcher Höhe diese Beträge tatsächlich nicht benötigt werden.

2. Sollte die Berechnung, dass 10 Millionen der Deponiesanierungsrücklage nicht gebraucht werden, tatsächlich richtig sein: Was berechtigt uns, diese 10 Millionen innerhalb von nur fünf Jahren zu verbrauchen? Von 2014 bis 218 sind weder die Müllgebühren von Plauen noch die vom Altkreis Vogtland kostendeckend. Aber ab 2019 muss der kostendeckende Preis gefordert werden, und es ist nicht abzusehen, dass die Müllentsorgung billiger werden kann. Das bedeutet: Ab 2019 werden für alle Vogtländer die Müllgebühren steigen, für die Vogtländer des Altkreises werden sie dann möglicherweise sogar höher sein als die heute geltenden.

Trotz meiner Bedenken habe ich zur Kreistagssitzung dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zugestimmt: Aus Furcht, dass bei einer deutlichen Gebührenerhöhung für das Entsorgungsgebiet Plauen die Plauerer Kreisträte nicht zustimmen (was ein politisches Problem wäre), die Diskussion dann von Neuem beginnen würde und wir zu Beginn des Jahres 2014 keine gültigen Gebührensätze hätten.

Dr. Dorothea Wolff - Auerbach/V.



© M.E. / pixelio.de

SÁRKÖZY TRIFFT NAGEL AUF DEN KOPF

Schon seit Jahren fällt einem beim Gang durch die Plauerer Innenstadt auf, dass die Bahnhofstraße oberhalb der „Kolonnaden“ immer mehr austirbt. Dagegen muss etwas getan werden! Wahrscheinlich wird die Bahnhofstraße nie mehr DIE Einkaufsmeile von Plauen werden, das wissen wir. Trotzdem unterstützen wir die Vorschläge von Baubürgermeister Levente Sárközy, die für eine Einkaufsmeile auf der Bahnhofstraße sprechen. Versuchen wir das Unmögliche, um das Mögliche möglich zu machen!

Vor allem fordern wir eine bessere Infrastruktur rund um die Bahnhofstraße. Es ist sinnvoll, die Straßenbahn vom Tunnel bis zum Albertplatz kostenlos nutzbar zu machen, um schneller, einfacher und bequemer einkaufen zu können. Wir begrüßen es, dass Sárközy auch das Parkplatzproblem anspricht. Wir fordern die Einrichtung eines „park and ride Systems“ in der Stadt installieren, um Parkflächen rund um den Albertplatz frei werden zu lassen. Auf diese Art kann man das Auto auch am Rand der Bahnhofstraße stehen lassen und ganz nebenbei die Umwelt schonen.

Um besonders neue Einzelhändler anzuwerben, muss das neue Einzelhandelskonzept auch als Vision verstanden werden, so dass möglichst wenige leere Schaufenster das Stadtbild prägen. Gute Beispiele für Lokaleröffnungen aus jüngster Zeit sind die „Milchbar“ und die „Neue Kaffeerösterei“. Denn vor allem Cafés sorgen für eine kulturelle Bereicherung der Stadt und für Raum und Freizeit. Dies macht eine Stadt wesentlich attraktiver - vor allem auch für junge Menschen.

Alle gemeinsam sollten jetzt Visionen schaffen, für eine lebendige Bahnhofstraße, die sowohl Einkaufsmöglichkeiten als auch Raum für Freizeit im Herzen Plauen bietet!

*Lars Legath - Plauen,
Linksjugend ['solid] Vogtland*

© cc-by/ gravitat-on



UMBAU „HORTEN“ ALS LANDRATSAMT - SINN ODER UNSINN?

Der Beschluss zum Ausbau des Kaufhauses Horten 2010 zum zentralen Landratsamt war wichtig und richtig. Der zentrale Standort im Vogtland, in der Stadt Plauen, wird Plauen als Mittelzentrum mit wichtiger Umlandfunktion stärken. Ein historisches Gebäude wird erhalten, das Stadtbild positiv prägen.

Die Unwägbarkeiten bei einem Eingriff in eine Altbausubstanz waren von Anfang an der Hauptschwerpunkt der Diskussion. Damit verbunden das Ringen um eine möglichst reale Höhe der Bausumme. Entgegen vielen Hinweisen, Reserven für Überraschungen in der Altbausubstanz einzuplanen, wurde knapp kalkuliert.

Die Fördermittelgeber prüften die Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit der Planung und Konstruktion, sowie die Angemessenheit der Kosten. Die Summe von 34,8 Millionen € wurde nicht beanstandet.

Trotz umfangreicher Prüfung durch zwei vogtländische Firmen im Untergrund und der Substanz, traten viele Probleme während des Bauverlaufes erst zu Tage. So alter Teer als Parkettkleber, Horten Fassade instabil, Schlammblase an der Forststraße, Ölverschmutzungen im Bodenbereich und die Dachsanierung in größerem Umfang und fehlende Stahlträger.

Etliche Mehrkosten sind über Einsparungen bei Vergaben einzelner Lose erreicht worden. Jedoch stoßen diese Möglichkeiten irgendwann an ihre Grenzen. Um eine Kostensteigerung als Landkreis kommen wir nicht herum. Eine Investruine stehen zu lassen, ist unmöglich. Forderungen, das Architekten-team zu wechseln, würde nur noch Mehrkosten in unbestimmter Höhe, weitere Millionen kosten und zu weiteren Bauverzögerungen führen.

Unsere Aufgabe ist es jetzt, gemeinsam mit den Architekten, Planern und Gewerken den Bau mit geringsten Kosten zu Ende zu bringen.

Waltraud Klarner - Oelsnitz/Vogtl.,
Kreisrätin



Natürlich haben wir - Linke, ein paar frustrierte Sozialdemokraten und der Nikolaus - hier im rheinischen Wülfrath jetzt auch über die jetzt kommende Große Koalition (GROKO) diskutiert. Die Enttäuschung - vor allem über die SPD - war groß. Aber klar war auch: Wir werden die Hände nicht in den Schoß legen.

Wenn auch die parlamentarische Opposition jetzt nur klein ist - wir erinnerten uns in der Diskussion an die Außerparlamentarische Opposition (APO) von einst und daran, was die vor Jahrzehnten mal auf den Weg gebracht hat. Und plötzlich brachte eine Genossin spontan die Losung der nächsten Jahre raus "APO gegen GROKO". Und der anwesende Nikolaus brachte den Weckruf gleich auf's Papier.

Ich hoffe, diese Losung kommt auch bei Euch, überall in Deutschland, an.

Klaus H. Jann - Wülfrath

GEDENKEN AN KARL LIEBKNECHT UND ROSA LUXEMBURG

**18. JANUAR 2013
10:30 UHR
FALKENSTEIN
CAROLA-PLATZ**

**IM ANSCHLUSS
ÖFFENTLICHES FORUM**

DIE LINKE.

WIR GRATULIEREN

Wir gratulieren allen Leserinnen und Lesern, welche im Januar Geburtstag feiern können. Besondere Grüße an all jene, welchen ein rundes Jubiläum begehren oder über 80 Jahre jung werden:

H. Döring	Plauen	02.
I. Wolf-Schönfuß	Reichenbach	02.
H. Kunzmann	Oelsnitz	03.
C. Schröder	Oelsnitz	06.
Sonja Eichler	Netzschkau	10.
Kurt Schaller	Bad Elster	13.
Renate Netsch	Berlin	14.
Ilse Meinel	Klingenthal	16.
M. Chemnitz	Pausa	16.
Ilona Meinel	Klingenthal	16.
Lisa Zimmer	Auerbach	18.
J. Frischer	Plauen	19.
Elfriede Bölke	Auerbach	23.
Rudi Hofmann	Bad Brambach	23.
Albert Friedrich	Weischlitz	24.
Inge Friedrich	Reichenbach	26.
Elfriede Fischer	Adorf	27.
S. Weidlich	Auerbach	27.
Ingeborg Horn	Plauen	29.
Fritz Kipry	Auerbach	30.
T. Poehland	Klingenthal	30.

Wir wünschen allen Jubilaren eine robuste Gesundheit, viel Glück im neuen Lebensjahr und immer ein Lächeln auf den Lippen.

Der Vogtlandbote

EINLADUNG ZUR

KREISWAHL VERSAMMLUNG zur Kommunalwahl

**25. Januar
2013**

Haus Vogtland in Plauen
(Europaratstraße 23,
08523 Plauen)

DIE LINKE.

NICHT GELIEFERT!

8,50 Euro Mindestlohn	<input type="radio"/>
Frauenquote in Aufsichtsräten	<input type="checkbox"/>
Mehr Steuergerechtigkeit	<input type="checkbox"/>
Bekämpfung der Altersarmut	<input type="radio"/>
Bürgerinnen- und Bürgerversicherung für Pflege und Gesundheit	<input type="checkbox"/>
Betreuungsgeld abschaffen	<input type="checkbox"/>
Adoptionsrecht für homosexuelle Partnerschaften	<input type="checkbox"/>
Doppelte Staatsbürgerschaft	<input type="radio"/>
Stromsteuer um 25 Prozent absenken	<input type="checkbox"/>
Mietpreisbremse	<input type="radio"/>
Keine PKW-Maut	<input type="checkbox"/>
Waffenexporte in Krisenregionen verbieten	<input type="checkbox"/>
Volksentscheide auf Bundesebene	<input type="checkbox"/>
Aufhebung des Kooperationsverbots in der Bildung	<input type="checkbox"/>
Kurswechsel in der Europapolitik	<input type="checkbox"/>

HINWEIS

Beachtet bitte, dass für Überweisungen an den Kreisverband Vogtland DIE LINKE anstelle der bisherigen Schreibweise (Kontonummer und Bankleitzahl) ab 1. Februar 2014 folgende IBAN - Angabe erfolgen muss:

DE58 870 580 00 3552 002390

Es gibt dazu auch neue Zahlungsvordrucke bei den Banken.

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei Die LINKE. Erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei Die LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: Die LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote.

Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE, 08209 Auerbach/V., A.-Schweitzer-Str. 34; E-Mail: vogtlandbote@t-online.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16.12.2013, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 17.01.2014. Die nächste Ausgabe erscheint am 03.02.2014. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder Eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: P. Giersich - Auerbach/V.